

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 97. Ratssitzung vom 14. Dezember 2011

2094. 2011/345 Weisung vom 21.09.2011: Voranschlag (Budget) 2012

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 96 vom 14.12.2011, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Beschlüsse:

Antrag 018.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Für die jetzt folgenden pauschalen Kürzungsanträge gilt generell: Wir haben die Entwicklungen auf den Aufwandskonten seit der Rechnung 2008 betrachtet und auch die Antworten zu diesen Konten im Rahmen der Budgetleistung. Wir haben dort Anträge gestellt, wo der Anstieg im 2012 überproportional hoch ausfiel oder die Einsparungen im Budget 2012 überkompensiert werden. Wir halten die Anträge für sehr moderat und haben versucht, die geplanten Mehrausgaben punktuell zu reduzieren. Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er die Kürzungen auch umsetzt. Doch wir werden beantragen, dem Stadtrat im Dispositiv den Auftrag zu erteilen, die Pauschalkürzungen auf die Dienstabteilungen zu übertragen. Beim ersten Antrag geht es um das Konto Ausbildung und Weiterbildung: Gewisse Aus- und Weiterbildungen wie zum Beispiel im Bereich Pflege oder Polizei sind notwendig und sinnvoll. Betrachtet man allerdings die Entwicklung der Zahlen über die letzten Jahre, besteht ein gewisses Kürzungspotenzial. Wir haben uns auf einen Betrag von 3,3 Mio. Franken geeinigt.

Rebekka Wyler (SP): Wir sind bei diesem Konto nicht zu Kürzungen bereit – weder in dieser pauschalen Form noch zu einem reduzierten Betrag. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag ab.

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3091 0300	Pauschalabzug Aus- und Weiterbildung des Personals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
018.	Antrag Stadtrat			0	Mehrheit	Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

2 / 36

3'300'000	-3'300'000	Minderheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
		Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Immer noch substanzielle Erhöhung, keine Kompensation 2011

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 35 Stimmen zu.

Antrag 019.

S. 106	10 1060 3092 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Personalwerbung			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat	500'000		0 -500'000	Zustimmung Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Immer noch substanzielle Erhöhung

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 020.

S. 106	10 1060 3101 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Druck, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
020.	Antrag Stadtrat	1'000'000		0 -1'000'000	Zustimmung Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Immer noch substanzielle Erhöhung

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 021.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Es besteht Einigkeit darüber, dass der Betrag reduziert werden könnte. Umstritten ist die Höhe der Einsparungen. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass eine halbe Million Franken gespart werden könnte und bittet Sie, dem Antrag zu folgen.

Dr. Urs Egger (FDP): Aufgrund der Zahlenrechnung 2010 und dem Budget 2011 ist die RPK-Minderheit der Meinung, dass das Budget um 1 Mio. Franken verbessert werden kann. Wir bitten Sie, dem Antrag zu zustimmen.

S. 106	10 1060 3107 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat		500'000		0 -500'000	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'000'000		-1'000'000	Minderheit Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Steigerung zu hoch. Immer noch höher als Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (-500'000) 81 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 022.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Dies ist der erste von drei Anträgen rund um den Bereich Informatik. In den letzten Jahren wurden auf diesen Konten Beträge budgetiert, die in der Rechnung deutlich unterschritten wurden. Die Rechnung 2009 lag 4,8 Mio. Franken unter dem Budget, bei der Rechnung 2010 waren es 8,1 Mio. Franken. Somit ist auf diesem Konto eine Einsparung von 1 Mio. Franken möglich. Die Mehrheit der RPK bittet Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Walter Angst (AL): In diesem Fall müsste Samuel Dubno (GLP) beim Dispositivantrag

die drei Konten zum Antrag an den Stadtrat von der Forderung ausnehmen, die Pauschalkürzungen auf die einzelnen Dienstabteilungen zu übertragen. Ansonsten ist die Argumentation nicht mehr plausibel.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP steht hinter der Umsetzung der IT-Strategie. Es geht nun darum, die IT-Strategie umzusetzen und dann den Stand der Dinge zu prüfen. Wir sind für eine saubere Abwicklung. Diese wird noch bis in den nächsten Sommer dauern. Wenn die entsprechenden Anträge bei den Zusatzkrediten kommen, werden wir diesen zustimmen.

S. 106	10 1060 3113 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Anschaffungen IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat		1'000'000		0 -1'000'000	Minderheit Mehrheit Enthaltung
						Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: 20% Steigerung gegenüber Vorjahr müssen ausreichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 118 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 023.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt, 2 Mio. Franken zu sparen. Im Verhältnis zum gesamten Betrag auf diesem Konto entspricht dies ungefähr 1,5 %. Die Mehrheit der RPK erachtet eine Einsparung von 2 Mio. Franken als verkraftbar und bittet Sie, den Antrag zu unterstützen.

Walter Angst (AL): Selbstverständlich wird das Budget von 126 Mio. Franken nicht ausgeschöpft werden – wo es ausgeschöpft wird, wird sich im Laufe des Jahres zeigen. Eine Pauschalkürzung ist widersinnig. Wir empfehlen Ihnen, den Antrag abzulehnen.

5 / 36

S. 106	10 1060 3141 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Unterhalt und Reinigung Liegenschaften VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat		2'000'000		0 -2'000'000	Minderheit Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Steigerung um über 10% nicht plausibel begründet

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 117 gegen 7 Stimmen zu.

Antrag 024.

Kommissionsmehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Auch hier handelt es sich um ein IT-Konto. Der Mechanismus ist derselbe wie bereits erwähnt. Eine Einsparung ist durchaus möglich. Die Mehrheit der RPK bittet Sie, den Antrag zu unterstützen.

S. 106	10 1060 3153 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Unterhalt IT-Anlagen Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat		1'500'000		0 -1'500'000	Minderheit Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Enthaltung Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: 10% Steigerung gegenüber 2011 reichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 119 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 025.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Auch hier erachtet die Mehrheit der RPK eine pauschale Kürzung des Kontos als machbar. Die Erhöhung gegenüber 2011 beträgt rund 1,5 Mio.

Franken. Das ist eine beträchtliche Steigerung, besonders da das Budget 2011 auch keinen Taucher gegenüber der Rechnung 2010 verzeichnete. Wir bitten Sie, den Antrag anzunehmen.

Walter Angst (AL): *Dieser Antrag ist widersinnig. Es geht um Mieten und Benutzungskosten. Will man einen Mietvertrag, muss man ihn auch bezahlen.*

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3161 0300	Pauschalabzug Mieten und Benutzungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat		500'000		0 -500'000	Minderheit Mehrheit
						Enthaltung
						Walter Angst (AL) Referent Samuel Dubno (GLP) Referent, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: 20% Steigerung gegenüber 2011 reichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 026.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): *Die Minderheit beantragt auf dem Konto für Reise- und Spesenentschädigung für das Personal eine Kürzung von 250 000 Franken. Die Steigerung der Kosten über die letzten Jahre war substantiell. Zu diesem Konto gibt es auch einige Anträge bei den Dienstabteilungen. Eine Einsparung von 250 000 Franken liegt, verteilt über die ganze Stadt, durchaus drin.*

Rebekka Wyler (SP): *Die RPK-Mehrheit erachtet die Reise- und Spesenentschädigungen für das Personal als gerechtfertigt. Stadtrat Martin Vollenwyder erwähnte zuvor bereits einige Punkte. Es geht um Weiterbildung und berufliche Netzwerke. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag deshalb ab.*

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3170 0300	Pauschalabzug Reise- und Spesenentschädigungen Personal				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				0	Mehrheit
						Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

7 / 36

250'000	-250'000	Minderheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
		Enthaltung	Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Steigerung um 200'000 ausreichend

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 46 Stimmen zu.

Antrag 027.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Beim grössten Pauschalkürzungsantrag geht es um 5 Mio. Franken für Dienstleistungen Dritter. Der Betrag scheint gross, macht allerdings in Hinblick auf den Gesamtbetrag weniger als 2 % aus. Diese Einsparung liesse sich durchsetzen und ertragen.

Rebekka Wyler (SP): Der Antrag ist gewerbefeindlich. Er trifft Private, die Aufträge von der Stadt erhalten. Wir lehnen den Antrag ab.

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	1060	Gesamtverwaltung			
	3180 0310	Pauschalabzug Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat			0	Mehrheit
		5'000'000		-5'000'000	Minderheit
					Enthaltung
					Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
					Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)
					Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Weniger DL Dritter beziehen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 59 Stimmen zu.

Antrag 028.

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3181 0300	Pauschalabzug Post- und Telekommunikationsgebühren				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
028.	Antrag Stadtrat	500'000		0 -500'000	Zustimmung	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)

Begründung: Keine Gebührenerhöhungen, weniger Versendungen, mehr «eZürich»

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 029.

S. 106	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1060	Gesamtverwaltung				
	3186 0300	Pauschalabzug Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
029.	Antrag Stadtrat	250'000		0 -250'000	Zustimmung	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

Begründung: Weniger DL Dritter beziehen

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

Antrag 030.

Kommissionsmehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Differenz zwischen der Rechnung 2009 zum Budget beträgt 5 Mio. Franken, diejenige der Rechnung 2010 zum Budget beträgt 4,9 Mio. Franken. Eine Kürzung von 3 Mio. Franken ist durchaus möglich.

9 / 36

S. 107	10 1060 3189 0300	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
030.	Antrag Stadtrat				0	Minderheit Walter Angst (AL) Referent
			3'000'000		-3'000'000	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
						Enthaltung Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Begründung: Steigerung um 10% sollte ausreichen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 5 Stimmen zu.

Antrag 031.

S. 107	10 1060 4804 0100	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Entnahme aus den Bestandskonten der WOV-Pilotbetriebe infolge Auflösung der WOV-Reserven				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				-19'000'000	
			975'300		-19'975'300	Zustimmung Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: WoV-Reserve Kultur			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT

Antrag 032.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Dieser Antrag behandelt die Reise- und Spesenentschädigungen des Personals. Die Mehrheit erachtet diese Reisen für den internationalen Auftritt der Stadt Zürich als notwendig und empfiehlt, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen.

Dr. Thomas Monn (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dieses Konto um 30 000 Franken zu kürzen. Die Unterstützung der Partnerstadt Kunming ist de facto abgeschlossen. Reisen von städtischen Delegationen nach China oder an die Olympischen Spiele nach London sind unnötig.

S. 119	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1501	Kultur				
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				123'000	Mehrheit
			30'000		93'000	Minderheit
						Enthaltung
						Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP), Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Keine Reisen nach Kunming, London, New York

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 37 Stimmen zu.

Antrag 033.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Ruth Anhorn (SVP): Die Stadt Zürich will zwischen 1 und 1,5 % des Gesamtaufwandes für Kultur ausgeben. Heute bewegen wir uns zwischen 1,2 und 1,3 %. Durch die höheren Beiträge des Kantons müssten eigentlich die prozentualen Gesamtaufwendungen gekürzt werden. Die Stadt benutzt diese Einnahmen jedoch dafür, noch mehr Gelder in die Kultur fliessen zu lassen. Die SVP ist der Meinung, dass eine Kürzung von 10 % möglich sein muss und auf einen Teuerungsausgleich von 0,5 % verzichtet werden kann. Bitte unterstützen Sie den Kürzungsantrag von 15 Mio. Franken.

Dr. Urs Egger (FDP): Der Antrag der FDP geht auf die Behandlung der Weisung zur Kulturförderung zurück. Wir nahmen damals zur Kenntnis, dass der Stadtrat im Kulturleitbild unter anderem die Tanzförderung als Schwerpunkt sieht, wiesen aber darauf hin, dass es in der derzeitigen Wirtschaftslage Sinn macht, gewisse Kürzungen ins Auge zu fassen. Es muss unterschieden werden, welche Projekte in der Kultur grundsätzlich unterstützenswert und welche bloss ein Nice-to-Have sind. Wir empfehlen eine Kürzung von 100 000 Franken.

Samuel Dubno (GLP): Der Teuerungsausgleich für diese Institutionen ist in der rechtlichen Grundlage der Beiträge verankert und muss deshalb bezahlt werden. Es besteht kein Spielraum, im Rahmen des Budgets auf einen Teuerungsausgleich zu verzichten. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass ein Tanzförderungsschwerpunkt etwas kosten darf und der Betrag von 100 000 Franken im Vergleich zum Budget auch nicht ex-

trem massgeblich ist. Deshalb ist der Antrag des Stadtrats zu unterstützen.

S. 120	15 1501 3652 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Kulturförderungsbeiträge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				96'600'900 1'295'500 N	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			15'000'000		82'896'400	Minderheit 1 Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
			100'000		97'796'400	Minderheit 2 Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Urs Schmid (FDP)

Begründung: SVP: Verzicht Teuerungsausgleich, 10% Kürzung;
FDP: Keine zusätzliche Tanzförderung

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (97'896'400) 75 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Alecs Recher (AL): *Es befinden sich einige grosse Projekte in der Planung. Der Stadtrat hat gemerkt, dass wir uns nicht alles gleichzeitig leisten können, und dies vor zwei Wochen mit der ziemlich kreativen Weisung mit den Busvorläufern in der Neufrankengasse bewiesen. Früher wurde vom Stadtrat betont, wie notwendig dieser Busvorläufer sei, doch mittlerweile wurde klar, dass doch nicht so viel Geld vorhanden ist. Nun beantragt der Stadtrat, dass wir seine eigene Weisung ablehnen. Es sind jedoch noch etliche andere Dinge geplant. Bei der Kinderbetreuung soll die Fläche pro Kind kleiner werden, es soll billigeres Personal geben, die Elternbeiträge sollen steigen. Folgende Fragen stellen sich: Wo sollen wir sparen? Was können wir uns gleichzeitig leisten? Wo wollen wir investieren? Das Postulat will den Stadtrat auffordern, die Priorisierung in der Investitionsplanung grundsätzlich zu überdenken. Die Basis muss gedeckt sein. Die Frage ist, wie viele Sahnehäubchen wir uns leisten können und wenn ja, in welcher Reihenfolge diese angegangen werden sollen.*

Samuel Dubno (GLP): *Der Planungskredit wurde bereits gutgeheissen. Eine Kürzung würde einen Planungsstopp bedeuten. Die Erfahrung aus dem letzten Jahr zeigt, dass ein Planungsstopp am Ende teurer wird und somit keinen Sinn macht. Die Mehrheit der RPK empfiehlt, mit dem Stadtrat die 6 Mio. Franken für das Kunsthaus zu genehmigen*

und den Antrag abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Wir verstehen die Bedenken der AL betreffend genügend Schulhausbauten und Hortplätze. Doch der Engpass im Investitionsplan hängt nicht mit den Schulbauten zusammen. Das Kunsthaus sollte zudem – auch im Sinne der Bevölkerung – nicht gegen Schulhausbauten ausgespielt werden. Wir wünschen uns Investitionen sowohl für Schulhausbauten und Horte als auch für sinnvolle Ausbauten in den Kulturinstitutionen. Lehnen Sie das Postulat ab.

Bruno Amacker (SVP): Es ist unsinnig, wie die Stadt Zürich in Infrastrukturprojekte investiert, insbesondere bei den Investitionen in die sogenannte Standortqualität. Dort müssen Kürzungen vorgenommen werden. Der Ansatz ist richtig. Doch die Schlussfolgerung ist falsch, denn das Geld wird für andere Zwecke ausgegeben, und somit ist keine Einsparung ersichtlich. Deshalb können wir nicht zustimmen.

Niklaus Scherr (AL): Es geht um die Erzeugung eines finanzpolitischen Flaschenhalses, indem sich eine Anzahl Repräsentativbauten in der Planung befinden. Wird eine Investitionsplanung gemacht, ist es entscheidend, in welchem Stadium eine vorläufige Bremsung vorgenommen wird. Hier macht es den Anschein, als sollten die Kulturinfrastrukturbauten auf Null reduziert werden, damit andere Bereiche wie zum Beispiel Schulhausbauten gefördert werden können. In der Investitionsplanung geht es um die Frage der zeitlichen Prioritäten. Wir möchten Kapazitäten für wirklich notwendige Angelegenheiten schaffen. Ein Kunsthausleuchtturm kann auch zu einem späteren Zeitpunkt noch verwirklicht werden.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Der Antrag der Verbesserung um 6 Mio. Franken war nie ein Thema. Das Postulat ist grundsätzlich eine sympathische Forderung. Allerdings hat der Stadtrat die Investitionsplanung gemeinsam erstellt und sich auf eine Planung geeinigt. Die Priorisierung ist keine einfache Sache. Wir unterstützen das Postulat deshalb nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung:

STR Martin Vollenwyder: Wir lehnen das Postulat ab, denn wir priorisieren die Investitionen bereits.

S. 122	15 1501 550003	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Beitrag an Stiftung Zürcher Kunsthaus für Projektierung einer Erweiterung	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
035.	Antrag Stadtrat				6'000'000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

6'000'000 0 Minderheit Walter Angst (AL) Referent

Begründung: Verschiebung der Ausführung zwecks Neupriorisierung der Investitionsplanung für Bildung und nicht aufschiebbarer Infrastrukturmassnahmen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 116 gegen 7 Stimmen zu.

Antrag 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Auf diesem Konto sind unter anderem Sitzungsgelder für den Ausländerbeirat budgetiert. Der Ausländerbeirat mit aktuell 21 Mitgliedern ist eine Kommission des Stadtrats und ein sogenanntes Sprachrohr der ausländischen Wohnbevölkerung. Er kann gegenüber der Stadt Empfehlungen abgeben und bei der Stadtpräsidentin Anträge einreichen. Jährlich finden je 6 Plenar- und Vorstandssitzungen sowie ungefähr 15 Projektgruppensitzungen statt. Die RPK-Minderheit stellt die Notwendigkeit und Wirksamkeit des Ausländerbeirats in Frage und beantragt eine Kürzung der im Budget eingestellten Kosten von 40 000 Franken.

Samuel Dubno (GLP): Der Stadtrat entschied sich Anfang November 2010 für die Weiterführung des Ausländerbeirats für die Jahre 2011 bis 2014. Der Gemeinderat nahm am 9. Februar 2011 den entsprechenden Bericht zur Kenntnis. Die Mehrheit der RPK sieht deshalb keinen Grund, die 40 000 Franken für den Ausländerbeirat schon wieder aus dem Budget zu streichen und bittet Sie, dem Antrag der RPK-Minderheit nicht zu folgen.

S. 123	15 1505 3001 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Vergütungen an Behörden und Kommissionen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
037.	Antrag Stadtrat				65'000	Mehrheit Samuel Dubno (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			40'000		25'000	Minderheit Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Kein Beitrag an Ausländerbeirat

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die Grünen beantragen Ihnen, auf diesem Konto 10 000 Franken für die Metropolitankonferenz zu streichen.

Markus Knauss (Grüne): Es soll Geld vom Bund in den Grossraum Zürich gelotst werden. Es kann durchaus Sinn machen, sich in grosse Gremien hineinzubewegen, wenn der Standpunkt der Stadt Zürich im Grossraum Zürich zum Ausdruck gebracht werden kann. Fakt ist, die Stadt Zürich wird vom Grossraum Zürich in die Pflicht genommen und muss beispielsweise auch bei den von der Metropolitankonferenz geplanten Autobahnprojekten mitmachen, die dem Prinzip der 2000-Watt-Gesellschaft widersprechen. Doch auch die übermässige Kommunikation der Metropolitankonferenz über Facebook und Twitter muss gestoppt werden. Deshalb haben wir noch einen Antrag formuliert.

Monika Erfigen (SVP): Im Antrag der Minderheit 2 geht es wie bei dem heute Nachmittag behandelten Antrag Nr. 4 um die Kürzung der im Budget eingestellten Mittel auf das Niveau des Budgets 2011.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Mehrheit erachtet die Mittel für die Entwicklung der verschiedenen Projekte im Raum Zürich als notwendig und will die Metropolitankonferenz unterstützen, besonders auch in Hinsicht auf eine vernünftige Verkehrsplanung.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Richard Wolff (AL): Ich vertraue Frau Stadtpräsidentin Mauch, dass sie sich auch innerhalb der Metropolitankonferenz gegen den Stadttunnel aussprechen kann. Grundsätzlich ist die Metropolitankonferenz ein gutes Gefäss und gehört zu den wenigen, die die Kommunikation über die Stadt hinweg mit anderen Kantonen und Gemeinden ermöglichen. Deshalb sind wir gegen eine Kürzung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Ich bin etwas erschüttert über die Grünen bezüglich der Definition der Metropolitankonferenz. Die Metropolitankonferenz ist ein Zusammenschluss von acht Kantonen und über hundert Gemeinden innerhalb dieser acht Kantone. Das Ziel der Metropolitankonferenz ist die Identitätsstiftung nach innen und das Vertreten der Interessen des gesamten Raumes nach aussen. Die Meinung der Stadt Zürich innerhalb dieser grossen Gemeinschaft durchzuboxen, entspricht nicht dem Ziel und Zweck der Metropolitankonferenz. Es geht darum, unseren gesamten Lebens- und Wirtschaftsraum zu stärken und gemeinsam aufzutreten. Der Metropolitanraum Zürich ist führend in der Schweiz. Keinem der anderen Metropolitanräume wird ein derart geschlossener und konsolidierter Auftritt attestiert. Mit den 10 000 Franken sollen Wirtschaftsjekte der Metropolitankonferenz finanziert werden: Green Region und Cleantech. Möchten die Grünen den Verkehr betreffende Gelder streichen, müssen sie bei Stadträtin Ruth Gerner einen Kürzungsantrag stellen. Ich bitte Sie deshalb im Namen des Stadtrats, diesen Antrag abzulehnen.

15 / 36

S. 124	15 1505 3180 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
038.	Antrag Stadtrat				1'490'000	Mehrheit
			10'000		1'480'000	Minderheit 1
			75'000		1'415'000	Minderheit 2
						Enthaltung

Begründung: Grüne: kein Beitrag für Metropolitankonferenz; SVP: gemäss Budget 2011

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (1'490'000) 71 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Bei dieser Position sind Unternehmungen dabei, denen wir für ihre Tätigkeit keine oder weniger Steuergelder geben möchten, und Unternehmungen, die bald mit einer Weisung ihren Beitrag zugesprochen erhalten könnten. Die SVP wird die beiden Weisungen Greater Zurich Area (2011/326) und Sprachförderung (2011/307) ablehnen und stellt deshalb bereits jetzt den Antrag, diesen Budgetposten um 1 Mio. Franken zu kürzen.

Samuel Dubno (GLP): Die RPK-Mehrheit empfiehlt, den Betrag nicht zu kürzen und dem Stadtrat zu folgen. Für die meisten auf diesem Konto vorhandenen Ausgaben gibt es eine Rechtsgrundlage. Die übrigen Ausgaben werden in den erwähnten Weisungen behandelt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die schriftliche Begründung stimmt nicht mit dem Votum von Marina Garzotto (SVP) überein. Es werden nicht dieselben Unternehmungen genannt.

Roger Liebi (SVP): Mit „usw.“ wird in der schriftlichen Begründung durchaus erwähnt, dass es sich noch um weitere Unternehmungen handelt.



S. 124	15 1505 3650 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Stadtentwicklung Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				3'868'000	Mehrheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
			1'000'000		2'868'000	Minderheit
						Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)
						Enthaltung Walter Angst (AL)
			Begründung: Verein Go!, freestyle.ch, Beitrag Mirsha, Integrationsprojekt, Sprachförderung, usw.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 040.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt die Streichung des gesamten Betrags von 1,8 Mio. Franken. Es gibt auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene genügend andere Fachstellen für Gleichstellung. Wir erachten die Fachstelle als überflüssig und beantragen die Auflösung dieses Büros.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Die SVP verlangt einmal mehr die Auflösung der Fachstelle für Gleichstellung. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist bei der SVP, die immer noch am traditionellen, nicht der Realität entsprechenden Rollenbild festhält, kein Thema. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten braucht es eine die Errungenschaften der letzten Jahre verteidigende Gleichstellungspolitik. Die Gefahr ist gross, dass der wirtschaftliche Druck das traditionelle Arbeitsmodell wieder fördert. Bei den Teilzeitstellen – auch in Kaderpositionen – für Frauen und Männer besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Auch bezüglich Lohngleichheit sind wir noch lange nicht am Ziel angelangt. Die Stadt Zürich als vorbildliche Arbeitgeberin kann sich ebenfalls noch verbessern. Eine ganz grosse Aufgabe für die Fachstelle für Gleichstellung ist die Umsetzung des Gleichstellungsplans. Nachdem die Stadt Zürich im Sommer 2007 die europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene unterschrieb, geht es jetzt darum, diesen Plan umzusetzen. Dafür wurden 6 Schwerpunkte und 174 Massnahmen erarbeitet. Für diese grosse Arbeit braucht es die Fachstelle für Gleichstellung – und zwar in ihrem heutigen Bestand von 6,5 Stellen. Die Mehrheit der RPK lehnt den Antrag der SVP ab und unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Ich sehe nicht ein, warum nur Samuel Dubno (GLP) und nicht die

ganze Fraktion der GLP in den Ausstand geht, zumal ein einzelnes Kommissionsmitglied auch immer die Interessen der Partei vertritt. Zum Inhalt: Diese Fachstelle existiert seit vielen Jahren und die Ziele wurden noch nicht erreicht. Insofern müsste die Fachstelle aufgelöst werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es braucht gesellschaftlichen Druck, politischen Willen und Fachkenntnisse der Verwaltung, um Gleichstellung zu erreichen. In der Stadtverwaltung wurde schon einiges erreicht, doch von Gleichstellung kann noch nicht die Rede sein. Nach wie vor sind die Karrierechancen von Frauen kleiner. Gemäss einer Erhebung aus dem Jahre 2009 sind Frauen und Männer in der Erwerbsarbeit noch lange nicht gleichgestellt. In der Privatwirtschaft beträgt der Lohnunterschied 28 %. Das ist zurückzuführen auf Branchen mit generell schlechterer Entlohnung, auf Teilzeitarbeit und unbezahlte Arbeit, die meistens von Frauen ausgeführt wird. Auch Freiwilligenarbeit wird meistens von Frauen verrichtet und der Bedarf dazu wird in den nächsten Jahren zunehmen, beispielsweise in der Alterspflege. Es braucht Anreize für die bessere Verteilung dieser Arbeit auf beide Geschlechter. Die Fachstelle für Gleichstellung kann dies unterstützen. Wir können nicht auf die Fachstelle verzichten, wenn die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen sowie in der Stadtverwaltung noch nicht erreicht ist.

Mauro Tuena (SVP): Es wäre wichtig, dass auch der Gegenpart in der Kommission vertreten wäre. Meine Bewerbung wurde jedoch abgewiesen. Ein weiterer Kommentar: Roger Tognella (FDP) stimmt bei diesem Antrag 40 nicht mit, bringt dann jedoch Antrag 41 und die darauffolgenden Anträge, wo er einzelne Teile kürzen will. Wenn all diese Kürzungen angenommen werden, kann auch die Fachstelle nicht mehr existieren. Das ist unehrliche Politik. Bei internationalen Konzernen sind übrigens immer mehr Frauen an der Spitze. Heute ist es für ein Unternehmen klar, dass nicht auf das Geschlecht, sondern auf die Leistung des betroffenen Mitarbeiters oder der betroffenen Mitarbeiterin geachtet wird. Die Fachstelle kann abgeschafft werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Einzelne Anträge sind für eine differenzierte Politik nötig.

Hans Urs von Matt (SP): Grundsätzliche Änderungen, wie die SVP sie verlangt, verlangen grundsätzliche Überlegungen. 1989 gab es die Abstimmung „Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau“ zu einem Artikel in der Gemeindeordnung. Die Abstimmung wurde mit 67,6 % sehr deutlich angenommen und führte zum Auftrag für die Fachstelle. Zuerst müsste demnach die Gemeindeordnung mit einer Initiative geändert werden, alles andere ist unlauter. Die westliche Welt ist immer noch geprägt von der hegemonialen Männlichkeit und der Dominanz des Mannes. Was können wir tun, um unsere Blickwinkel zu erweitern oder zu verändern? Die Lohndifferenz steigt wieder, doch die FDP will die Fachstelle Stück für Stück abschaffen. Stichwort Repräsentation: Auch hier im Rat sind Frauen unterrepräsentiert.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Die EVP möchte das Gesetz grundsätzlich nicht ändern. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es zur Erfüllung des Auftrags tatsächlich eine Fachstelle braucht. Statt einer Fachstelle für Gleichstellung scheint es manchmal eher eine Fachstellung für Gleichmacherei zu sein. Die Geisteshaltung der EVP ist hier anders. Wir respektieren die Andersartigkeit von Mann und Frau, betonen jedoch ihre

Gleichwertigkeit. Die Gleichmacherei führt zum Verlust einer Vielfalt, die sich ergänzen und beflügeln soll. Gerade in der Geschäftswelt, insbesondere auf der Teppichetage, sollen die Frauen ihre weibliche Führungskultur umsetzen und sich nicht den Männern gleichstellen. Dass die Fachstelle keine klar umrissene Aufgabe hat, zeigen die mannigfaltigen, letztendlich nicht im Zusammenhang mit Gleichstellung stehenden Betätigungsfelder. Im Übrigen diskriminiert die Fachstelle 50 % der Bevölkerung. Die EVP hat kein Problem mit der Dominanz des Mannes. Wir sind Gott unterstellt und uns unserer Stellung im Universum bewusst. Es geht um Demut, Verantwortung und Dienen. Übrigens: Auch die EVP wurde nie angefragt, Mitglied der Kommission zu sein. Warum unterstützt die EVP die Anträge 41 bis 49 nun jedoch nicht? In der Budgetdebatte geht es vorwiegend um Geld und nicht um Inhalte. Es wäre unseriös, eine Fachstelle, die schon so lange existiert, plötzlich zu streichen.

Christine Seidler (SP): *Der Unterschied zwischen Mann und Frau soll keinesfalls aufgehoben werden. Das Gleichstellungsbüro hat nichts damit zu tun. Frauen sollen gleiche Löhne für die gleiche Arbeit erhalten, niemand soll männlicher oder weiblicher werden. Die Budgetdebatte gehört zur Kernkompetenz des Gemeinderats und mit dem Geld werden Inhalte gesteuert. Es ist sehr wichtig, wo die Prioritäten gesetzt werden.*

Martin Luchsinger (GLP): *Ich kann den Voten von Hans Urs von Matt (SP), Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Roger Liebi (SVP) nicht zustimmen. Wir haben in der Bundesverfassung einen Passus zur Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die SVP versucht mit den Anträgen, die Fachstelle abzuschaffen. Die GLP wird die Anträge nicht unterstützen.*

Gerhard Bosshard (EVP): *Gott hat den Menschen als Mann und als Frau geschaffen, die gleichwertig sind. Nicht Macht, sondern das Dienen soll regieren. Das gilt für Mann und Frau gleichermassen.*

Jean-Claude Virchaux (CVP): *Die CVP stand der Fachstelle zu Beginn kritisch gegenüber. Nach diesen Voten zeigt sich allerdings, dass die Fachstelle notwendig ist. Der Auftrag ist in der Bundesverfassung verankert und wird von der Stadt Zürich umgesetzt. Die FDP will in den folgenden Anträgen die Fachstelle in Raten abschaffen. Wir werden deshalb bei den Anträgen 40 bis 49 dem Stadtrat folgen.*

Theo Hauri (SVP): *Die Fachstelle für Gleichstellung ist überflüssig. Die Menschen müssen die Gleichstellung durch ihre eigene Leistung erreichen, indem sie selbst daran arbeiten.*

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Die Gleichberechtigung müsste wirklich praktiziert werden und eine Selbstverständlichkeit sein. Doch welche Wirkung hat ein solches Büro? Die 1,8 Mio. Franken haben nur einen Effekt, nämlich diese halbstündige Diskussion. Dieser Betrag ist etwas teuer für diesen Effekt.*

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Eine Klarstellung: Die EVP ist für Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung und gegen Gleichmacherei und unterstützt die Fachstelle für Gleichstellung durchaus.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Gesetzliche Gleichstellung liegt in der Schweiz vor, wie sieht es jedoch in der Praxis aus? Es braucht die Fachstelle für Gleichstellung immer noch, denn es bestehen nach wie vor grosse Diskrepanzen in der Gesellschaft. Bei der herrschenden Lohnungleichheit kann in der Stadt Zürich noch nicht von Gleichberechtigung gesprochen werden. Die Fachstelle wurde jedoch auch eingerichtet, um den gesetzlichen Auftrag umzusetzen, und so wird eine solche Arbeit richtigerweise auch immer wieder hinterfragt. Die Arbeit der Fachstelle ist aufgrund des veränderten Frauen- und Männerbildes jedoch nicht mehr dieselbe wie am Anfang. Die Fachstelle setzt sich auch mit Männerinteressen auseinander, wie zum Beispiel den Möglichkeiten von Männern, Teilzeitstellen anzunehmen. Die kommenden Einzelanträge bedeuten faktisch, dass die Fachstelle nicht mehr existieren kann. Zentrale Aufträge der Fachstelle sind nebst Beratung auch Öffentlichkeitsarbeit, Aufklärung, Grundlagenerarbeitung. Für diese Aufträge werden die Beiträge benötigt. Werden die Beiträge gestrichen, kann die Fachstelle ihre Aufträge faktisch nicht mehr erfüllen. Ich bitte Sie, alle Anträge abzulehnen und dem Antrag des Stadtrats zu folgen.*

S. 126 15
und 127 1506

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Fachstelle für Gleichstellung
Laufende Rechnung / Saldo**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
040.	Antrag Stadtrat		1'817'000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli- Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		1'817'000	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepäsident Roger Liebi (SVP)
				Ausstand	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Auflösung der Fachstelle, da überflüssig (alle Konti, Kürzung auf Saldo)

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 041.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Mit den Anträgen 41 bis 49 wollen wir für eine Verkleinerung der Fachstelle für Gleichstellung plädieren, nicht für deren Abschaffung. Wir haben mittlerweile etwas erreicht – alles andere ist eine Verkennung der Realität der Entwicklung in dieser Gesellschaft. Deshalb braucht es nicht mehr dieselben Anstrengungen wie damals. Wir beantragen Ihnen, diese Aufwendungen zurückzufahren. Ein Wort zur Kommission: Wenn man betrachtet, was in den Sitzungen besprochen wird, könnte die*

20 / 36

Kommission definitiv geschlossen werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die SVP monierte, dass sie nie für die Kommission angefragt wurde. Der Grund: Es werden nur Personen oder Parteien angefragt, die Interesse am Thema Gleichstellung haben. Zudem wünscht man sich eine kritische und konstruktive Auseinandersetzung mit diesem Thema. Da die SVP jedes Jahr die Fachstelle und die Kommission streichen möchte, wurde dies als Desinteresse ausgelegt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Kommission notwendig ist.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Offensichtlich entscheidet der Stadtrat, was Gleichstellung ist und wer für Gleichstellung ist oder nicht ist, denn in der Kommission sind nur gewisse Parteien vertreten: Die GLP, die CVP, die FDP, die SP und die Grünen. Sämtliche politischen Parteien sind vertreten ausser der EVP, der AL und der SVP. In einer demokratischen Stadt müsste man zumindest auch denjenigen eine Chance geben, die unter Gleichstellung etwas anderes verstehen. Sofern die Fachstelle und die Kommission weitergeführt werden, würden wir uns wenigstens einmal eine Einladung in die Kommission wünschen.*

Severin Pflüger (FDP): *Die FDP reichte zwei Mal eine Interpellation zu den Aufgaben und der Wahrnehmung der Aufgaben der Kommission ein (2010/80 und 2010/180). Dort steht es schwarz auf weiss: Die Kommission tagt zwar, aber macht nichts. Die ganze Energie verschwindet in der Begründung der Existenz der Kommission. Deshalb bin ich der Meinung, dass die Kommission nicht mehr notwendig ist. Eine der wenigen vernünftigen Aufgaben der Kommission besteht darin, dass dort verschiedene NGOs zusammenkommen, die sich um das Gleichstellungsproblem kümmern. Sie können über die Kommission den Kontakt zu verschiedenen Fraktionen pflegen. Doch dazu braucht es nicht vier Sitzungen pro Jahr.*

Mauro Tuena (SVP): *Das Vorgehen von Hans Urs von Matt (SP) ist höchst problematisch: Bei diesem Geschäft ist er im Ausstand, doch beim vorherigen Geschäft nicht. Der Artikel 30 der Geschäftsordnung, die Ausstandspflicht, lässt dies in keiner Art und Weise zu. Absatz 2 besagt, dass man, sollte man nicht ganz sicher sein, unverzüglich den Präsidenten informieren muss. Diese Artikel müssen eingehalten werden. Samuel Dubno (GLP) hat dies richtigerweise so getan.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Die Anträge 40 und 41 sind zwei verschiedene Angelegenheiten: Die Fachstelle für Gleichstellung ist eine Verwaltungsabteilung der Stadt Zürich. Die Gleichstellungskommission ist eine beratende Kommission des Stadtrats. Deshalb betrifft der Ausstand von Hans Urs von Matt (SP) nur Antrag 41. Weshalb Samuel Dubno bei allen Anträgen in den Ausstand getreten ist, ist mir nicht bekannt.*

Weitere Wortmeldungen:

Niklaus Scherr (AL): *Mauro Tuena (SVP) hat richtig festgestellt: Wenn ein Antrag auf*

Gesamtabschaffung läuft, in der Entschädigungen von Kommissionen Bestandteil sind, ist der Ausstand sachlogisch zu 100 % gegeben. Er wäre aber auch aus ethisch-moralischen Gründen gegeben. Es gibt Spielregeln, die eingehalten werden müssen.

Min Li Marti (SP): *Ich ging wie die Stadtpräsidentin davon aus, dass es sich um zwei verschiedene Organe handelt. Wir können die Abstimmung wiederholen, das Resultat ändert sich nicht. Der Ausstand würde übrigens auch Thomas Wyss (Grüne) betreffen. Es war keine böse Absicht, sondern ein Irrtum.*

S. 126	15 1506 3001 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Vergütungen an Behörden und Kommissionen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
041.	Antrag Stadtrat			15'000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne) Referentin, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		15'000		0	Minderheit	Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
					Ausstand	Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Kommission tagt ohne ihre Aufgaben zu erfüllen, da sie keine Aufgaben hat.
vgl. GR-Nr. 2010/80 und 2010/108

Ausstand: Samuel Dubno (GLP), Ursula Uttinger (FDP), Hans Urs von Matt (SP), Thomas Wyss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP) weist darauf hin, dass er sich mit seinem Votum von Antrag 41 bereits auf die Anträge 41 bis 49 bezogen hat.

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die schriftliche Begründung der FDP zu diesem Antrag ist sehr aufschlussreich und zeigt auf, dass die Fachstelle nach wie vor in ihrem heutigen Bestand benötigt wird. Es wird von einer „Stelle“ und einer „Assistentin“ gesprochen, die die Aufgaben der Fachstelle künftig vollumfänglich wahrnehmen sollen. Ich gehe davon aus, dass mit der sogenannten „Stelle“ die Leiterin beziehungsweise die Chefin der Fachstelle gemeint ist. Doch diese Begriffe wurden nicht explizit genannt. Eine Assistentin hingegen ist aus der Sicht der FDP scheinbar immer eine Frau. Weshalb wird nicht von einer Assistenzstelle oder von einem Assistenten gesprochen? Die FDP müsste vielleicht einmal ihr Rollenverständnis überdenken. Die RPK-Mehrheit lehnt den Streichungsantrag ab und unterstützt den Antrag des Stadtrats.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Ich gebe Karin Rykart Sutter (Grüne) recht. Bei der Stelle hatten wir tatsächlich die Leiterin vor Augen. Bei der Assistentin muss es sich um einen Druckfehler handeln: Leider wurde statt „AssistentIn“ fälschlicherweise „Assistentin“ geschrieben.

S. 126	15 1506 3010 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				853'800	Mehrheit
			650'000		203'800	Minderheit
						Ausstand

Begründung: Fachstelle im Grunde nötig, jedoch eine Arbeitsstelle und eine Assistentin genügen in der heutigen Zeit für die Wahrnehmung der bestehenden Aufgaben. Verwaltung und Bevölkerung sind genug sensibilisiert. Es geht nur noch darum, das Niveau zu halten.

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 043.

S. 126	15 1506 3091 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Aus- und Weiterbildung des Personals	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat				89'000	Mehrheit
			70'000		19'000	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

23 / 36

Antrag 044.

S. 126	15 1506 3101 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				56'900	Mehrheit
			46'900		10'000	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 045.

S. 126	15 1506 3107 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
045.	Antrag Stadtrat				25'000	Mehrheit
			25'000		0	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

24 / 36

Antrag 046.

S. 126	15 1506 3160 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Miete und Pacht von Liegenschaften				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				6'000	Mehrheit
			6'000		0	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 047.

S. 127	15 1506 3170 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				9'500	Mehrheit
			8'000		1'500	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu.

25 / 36

Antrag 048.

S. 127	15 1506 3180 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat				280'000	Mehrheit
			260'000		20'000	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 049.

S. 127	15 1506 3650 0000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
049.	Antrag Stadtrat				20'000	Mehrheit
			20'000		0	Minderheit
						Ausstand

Begründung: vgl. 3010 0000

Ausstand: Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 050.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Ruth Anhorn (SVP): Mit dem Budget 2011 wurden Kürzungen vorgenommen. Für das nächste Jahr bestehen wieder gewisse erhöhte Personalkosten wie beispielsweise fremdfinanzierte Stellen. Die SVP ist der Meinung, dass eine Saldoverbesserung von 250 000 Franken möglich ist und bittet Sie, den Antrag zu unterstützen.

Samuel Dubno (GLP): Erstens würde eine Kürzung zu einer Reduktion einer Ausstellung führen, was einen Minderertrag zur Folge hätte. Zweitens würde es auch bedeuten, dass das Museum wie im Budget 2011 keine Ankäufe mehr tätigen könnte. Beides sind Einschränkungen, die die Mehrheit der RPK ablehnt. Stimmen Sie mit dem Stadtrat.

S. 128	15 1520	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Museum Rietberg Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudgets / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
050.	Antrag Stadtrat			8'187'600	Mehrheit
		250'000		7'937'600	Minderheit
					Enthaltung
					Samuel Dubno (GLP), Referent, Karin Rykart Sutter (Grüne), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Saldoverbesserung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 23 Stimmen zu.

Antrag 051.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): Die SVP möchte diese Position halbieren. Das Amt verfügt ohnehin über zu viele Angestellten. Die Angestellten dieses Amtes dürfen jedes Jahr für jeden Einwohner der Stadt Zürich ungefähr 50 Minuten Arbeitszeit aufwenden. Ich persönlich benötigte das Amt in meinem Leben sechs Mal, insgesamt dreissig Minuten. Fünfzig Minuten pro Jahr pro Einwohner ist grosszügig bemessen – so viel Zeit braucht niemand. Weshalb Angestellte, die es so langsam angehen können, auch noch ein Personalfest benötigen, das 400 Franken pro Person kosten darf, ist uns unverständlich. Wir beantragen deshalb, diese Ausgaben um 40 700 Franken zu kürzen.

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Dienstabteilung das Personalfest durchaus durchführen darf. Es ist nicht ganz klar, weshalb ausgerechnet das Bevölkerungsamt ins Visier der SVP geraten ist. Es geht hier um einen Posten, der in fast allen Dienstabteilungen durchgeführt wird. Wir bitten Sie, mit dem Stadtrat zu stimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Ich verstehe nicht, warum 200 Franken pro Mitarbeiter nicht genügen. Will man sparen, muss man im Kleinen beginnen.*

S. 129	15 1530 3099 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
051.	Antrag Stadtrat				80'700	Mehrheit
			40'700		40'000	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP), Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Verzicht auf Personalfest

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 052.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): *Die RPK-Minderheit beantragt, auf die verschiedenen im Zusammenhang mit der sogenannten Willkommenskultur geplanten Massnahmen und internen Anlässen in der Höhe von 19 000 Franken zu verzichten. Bei den Veranstaltungen sollen sich die Mitarbeiter des Bevölkerungsamtes zur Förderung des interkulturellen Wissens mit anderen Kulturen auseinandersetzen. Mitarbeitende des Bevölkerungsamtes sollen Kulturprofis werden und die stadträtliche Strategie nachhaltig und auf breiter Basis vermittelt erhalten. Die RPK-Minderheit ist der Ansicht, dass sich die Angestellten des Bevölkerungsamtes auch auf eigene Faust mit fremden Ländern und Sitten auseinandersetzen können, etwa anlässlich von Ferienreisen, via Internet oder durch Bücher. Auf die entsprechenden Anlässe und Veranstaltungen kann verzichtet werden.*

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Willkommenskultur ist im Bevölkerungsamt verankert und durch gesetzliche Grundlagen, liberale und solidarische Werte sowie durch eine spürbare Weltoffenheit geprägt. Gerade die erarbeitete Strategie zur Willkommenskultur im Bevölkerungsamt sollte umgesetzt werden, um die interkulturellen Wissensdefizite der Mitarbeitenden zu erweitern und aufzuarbeiten. Die 19 000 Franken sind eine sinnvolle Investition. Sie kommen am Ende der gesamten Bevölkerung der Stadt Zürich zugute. Stimmen Sie dem Antrag des Stadtrats zu.*

28 / 36

S. 130	15 1530 3170 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Bevölkerungsamt Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat				57'000	Mehrheit
			19'000		38'000	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Verzicht auf Veranstaltung Willkommenskultur

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 54 Stimmen zu.

Antrag 053.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): *Im nicht öffentlichen Stadtratsbeschluss Nr. 1959 war bei der per Zusatzkredit der ersten Serie 2011 beantragten Kreditübertragung von einer Umwidmung einer Stelle der zentralen Verwaltung und der Finanzverwaltung die Rede. Nun soll via Novemberbrief der neue Projektstab des Stadtrats organisatorisch dem Präsidialdepartement zugeordnet werden. Die unter den stadtweiten Projekten geführten Budgetkredite der Konti 3010 bis 3913 wurden auf die neue Dienstabteilung übertragen. Auf den von der Stadtpräsidentin gewünschten, aber nicht wirklich notwendigen Projektstab Stadtrat muss verzichtet werden. Die entsprechenden Aufgaben müssen departementsintern mit den vorhandenen Ressourcen bewältigt werden. Auf die Schaffung einer neuen Dienstabteilung ist zu verzichten. Die RPK-Minderheit bittet um Unterstützung für die Streichung der für den Projektstab vorgesehenen Lohnkosten von 567 800 Franken.*

Samuel Dubno (GLP): *Die Stellen, die geschaffen werden, folgen dem Stellenplan neutral durch Umwidmung von Stellen. Deshalb folgt die RPK-Mehrheit dem Stadtrat und bittet Sie, den Antrag der Minderheit zu verwerfen.*

S. --	15 1561 3010 0000	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat				567'800	Mehrheit

Samuel Dubno (GLP) Referent,
Walter Angst (AL), Andrea
Nüssli-Danuser (SP), Karin
Rykart Sutter (Grüne),
Christine Seidler (SP), Florian
Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)

567'800	0	Minderheit	Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)
---------	---	------------	---

Begründung: Verzicht auf Aufbau des Projektstabs Stadtrat

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 46 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 054. und 055.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Monika Erfigen (SVP): Für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation sind auf dem Konto 3186 0810 der per Novemberbrief ins Leben gerufenen neuen Dienstabteilung Projektstab Stadtrat 500 000 Franken im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten, und auf dem Konto 3186 0820 sind 950 000 Franken für die Projektumsetzung eingestellt. Die RPK-Minderheit bittet um Streichung dieser Beträge. Die Budgetmittel und die notwendigen Ressourcen für die Umsetzung der Legislatorschwerpunkte sind anderweitig bereits vorhanden.

Samuel Dubno (GLP): Nachdem der Gemeinderat gerade mehrheitlich die Erhaltung des Projektstabs beschlossen hat, braucht er auch Mittel für die Umsetzung. Auf dem Konto 3186 wurde vom Rat zudem bereits ein Pauschalabzug beschlossen. Es ist anzunehmen, dass auch die Legislatorschwerpunkte ihren Beitrag an diese Minderausgaben zu leisten haben. Deshalb macht eine Kürzung auf Null keinen Sinn. Die RPK-Mehrheit beantragt Ihnen, mit dem Stadtrat zu stimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Wir hatten schon früher die Befürchtung, dass bloss jemand umdisponiert werden soll. Diese Umdisponierung kostet nun unsäglich viel Geld. Wir haben in den Kommissionen nachgefragt, was welche Kosten auslöst, und die Antwort erhalten, es handle sich um eine Umbuchung, alles sei neutral. Doch dann tauchen während der Budgetdebatte 2012 die zusätzlichen Kosten auf. Das ist nicht fair. Die Kosten hätten schon damals erwähnt werden müssen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Eine Richtigstellung: Es ist alles so, wie wir es damals gesagt haben. Die neue Projektstabsstelle entstand durch Übertragungen von Stellen. Es handelt sich nicht um neue Stellen, sie wurden in den neuen Projektstab übertragen, der komplexe, überdepartementale Grossprojekte koordinieren und leiten soll. Die Anträge 54 und 55 betreffen die Legislatorschwerpunkte. Für die Durchführung derer war in den vergangenen Jahren immer ein Betrag vorgesehen, und so verhält es sich auch im Jahr 2012. Es handelt sich nicht um eine Aufstockung, sondern um Gelder für die Legislatorschwerpunkte, wie sie auch in den Vorjahren immer im Budget enthalten waren.

30 / 36

S. --	15 1561 3186 0810	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidualdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
054.	Antrag Stadtrat				500'000	Mehrheit
			500'000		0	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Umsetzung der Legislatorschwerpunkte des STR nicht nötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Antrag 055.

Wortmeldungen siehe Antrag 054.

S. --	15 1561 3186 0820	PRÄSIDIALDEPARTEMENT Projektstab Stadtrat im Präsidualdepartement Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislatorschwerpunkten: Projektumsetzung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
055.	Antrag Stadtrat				950'000	Mehrheit
			950'000		0	Minderheit
						Samuel Dubno (GLP) Referent, Walter Angst (AL), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Urs Schmid (FDP)

Begründung: Umsetzung der Legislatorschwerpunkte des STR nicht nötig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 056.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Wir halten es nicht unbedingt für zwingend, dass die Stadt Zah-

lungen an Berggemeinden leistet. Offenbar existiert jedoch ein Beschluss des Zürcher Soveräns. Deshalb möchten wir den Betrag nicht streichen, sondern kürzen. Falls unser Antrag keine Mehrheit findet, fordern wir mindestens, dass sich die Berggemeinden im Gegenzug kulant gegenüber der Stadt Zürich zeigen, wenn es um die erneute Vergabe von Wasserkonzessionen geht.

Monika Erfigen (SVP): Die Unterstützung von Projekten in Berggemeinden ist keine städtische Aufgabe und vollumfänglich durch den nationalen Finanzausgleich geregelt. Gemäss Tages-Anzeiger verfügen verschiedene Hilfsorganisationen wie zum Beispiel die Glückskette über viel Geld. Die Schweizer Berghilfe verfügte Ende 2010 über mindestens 129 Mio. Franken an flüssigen Mitteln und Wertschriften. Auf die Ausgabe der von der Stadt Zürich budgetierten 500 000 Franken kann demnach gut verzichtet werden. Unterstützen Sie den Minderheitsantrag 2.

Christoph Spiess (SD): Die Angelegenheit steht im Zusammenhang mit Antrag 59, der die Beiträge zu Gunsten von Entwicklungsländern behandelt. Bei beiden Geschäften wird argumentiert, es handle sich dabei nicht um eine städtische Aufgabe. Trotz dem NFA (Nationaler Finanzausgleich) – gibt es viele strukturschwache kleine Berggemeinden, die sehr dankbar sind für unsere Solidarität. Es ist nach wie vor richtig, hier etwas zu tun. Es war eine langjährige Tradition, dass 500 000 Franken für die Berggemeinden und 500 000 Franken für die Entwicklungshilfe gesprochen wurden. Nun ist jedoch wohl mit einer Erhöhung des Beitrags für die Entwicklungshilfe auf 3,5 Mio. Franken zu rechnen. Damit gerät die Sache in Schräglage. Beteiligt sich eine Stadt an der Entwicklungshilfe, sollte sie die Bergbevölkerung gleich gut behandeln.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dem Stadtrat zu folgen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Unter den die Hilfe beanspruchenden Gemeinden sind auch diejenigen, in denen sich die ewz-Kraftwerke befinden. Ein weiterer Punkt: Der Kanton Zürich bezahlt 552 Mio. Franken in den Finanzausgleich. Der Kanton Graubünden erhält rund 258 Mio. Franken, der Kanton Wallis 485 Mio. Franken. Müssen einzelne Gemeinden noch zusätzlich subventioniert werden? Aus dem Finanzausgleich kommt schon genug Geld. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Stadt Zürich Berggemeinden noch zusätzlich unterstützt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Die Hilfe ist trotz dem NFA sehr sinnvoll, denn die unterstützten Projekte können nicht vom NFA finanziert werden. Es wird genau darauf geachtet, was finanziert werden kann. Nichts davon steht in einem Zusammenhang mit den Wasserkonzessionen. Die Berggemeinden haben gerade in Tourismusregionen, die von Stadtzürcherinnen und -zürchern oft benutzt werden, häufig ein Problem: Muss beispielsweise eine Lawinverbauung realisiert werden, erhält die Gemeinde 90 % Subventionen von Bund und Kanton, finanziert über den NFA. Die Gemeinde müsste eine Million investieren und 10 % davon, also 100 000 Franken, selbst aufbringen. Bei einem Steueraufkommen von 70 000 Franken pro Jahr kann sie die Subventionen nicht einmal

abholen. In Gemeinden, die das Geld wirklich benötigen, könnte der NFA somit gar nicht umgesetzt werden. Es gibt aber andere Gemeinden, die eine problematische Steuerpolitik betreiben und vom NFA sehr profitieren, wie es zum Beispiel im Kanton Nidwalden der Fall ist. Doch Gemeinden, die finanziell wirklich zu kämpfen haben, sollen nicht bestraft werden. Stimmen Sie den 500 000 Franken zu.

S. 145	20 2000 3620 0101	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge für Projekte von Berggemeinden				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
056.	Antrag Stadtrat				500'000	Mehrheit
			250'000		250'000	Minderheit 1
			500'000		0	Minderheit 2
						Antrag der Schweizer Demokraten (SD)
056.a				3'000'000	3'500'000	Minderheit 3
			Begründung: GLP: Keine städtische Aufgabe; SVP: Unnötig, da durch NFA geregelt; SD: Gleichstellung unserer Miteidgenossen mit den voraussichtlich budgetierten Beiträgen zugunsten von Entwicklungsländern (deren Bewohner keine Eidgenossen sind)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit 3.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit (500'000) 87 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 057.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Schmid (FDP): *Der Aufbau und Betrieb einer Anlaufstelle in der Stiftung PWG ist keine städtische Aufgabe. Dieser Bereich ist bereits sehr gut durch Private abgedeckt, die preiswerte und effiziente Beratungen und Finanzierungsunterstützungen für Mieterinnen und Mieter bei einer Immobilienkaufabwicklungen anbieten. Stimmen Sie deshalb für den Antrag der Minderheit.*

Walter Angst (AL): *Die FDP versucht das Geschäft des HEV zu verteidigen. Erstens wurde eine Motion überwiesen. Zweitens steht im Novemberbrief klar, dass die entspre-*

chende Vorlage an den Gemeinderat in Vorbereitung ist. Im Sinne der Budgetwahrheit muss dieser Betrag deshalb im Budget bleiben.

Weitere Wortmeldungen:

Urs Fehr (SVP): Wie Urs Schmid (FDP) erwähnte, sind bereits genügend Anlaufstellen vorhanden. Die PWG hat ausserdem genug eigene Mittel für die Realisierung und Finanzierung eines solchen Angebots.

Severin Pflüger (FDP): Wir waren gegen die Motion. Die Weisung werden wir gerne prüfen, doch unsere Meinung wird sich kaum ändern. Die PWG versucht vor allem selbst, Liegenschaften und Wohnungen zu erwerben. Konkurrenten auf dem Markt zu beraten, macht keinen Sinn.

Walter Angst (AL): Der Kredit kann sowieso nicht ausgeschöpft werden, bis der Gemeinderat entschieden hat.

S. 145	20 2000 3630 0000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge an eigene Unternehmungen				Stimmen
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		
057.	Antrag Stadtrat			0 150'000 N	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP)
		150'000		0	Minderheit	Urs Schmid (FDP) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP)

Begründung: Anlaufstelle PWG nicht städtische Aufgabe

Ausstand: Daniel Meier (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 38 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 058. und 059.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Humanitäre Hilfe zu leisten, ist sympathisch, doch im internationalen Rahmen keine Aufgabe der Stadt. Diese Aufgabe ist bereits durch den Bund abgedeckt. Auch die Dimensionen sollten berücksichtigt werden. Bei einer Katastrophe wie in Haiti ist ein solcher Beitrag der Stadt Zürich bedeutungslos. Werden die Beiträge für die Entwicklungshilfe aufgestockt, bedeutet das nicht, dass die Stadt mitziehen muss. Sie hat genügend eigene Aufgaben.

Walter Angst (AL): Im Sinne der Budgettransparenz sind die 100 000 Franken für er-

wartete oder mögliche Kredite, die der Stadtrat beantragen wird, hier enthalten. Es scheint sinnvoll zu sein, diese Budgettransparenz im Sinne einer vorsichtigen Budgetierung wahrzunehmen.

Florian Utz (SP): Der Stadt Zürich geht es gut. Der Wohlstand konnte gesteigert werden. Auch für unsere Solidarität gibt es ein Wachstumspotenzial. Die Wirtschaft wurde globaler und Zürich profitierte davon. Deshalb beantragt die Mehrheit, die Entwicklungshilfe um 1 Mio. Franken auf 3,5 Mio. Franken aufzustocken. Dies entspricht auch einem Auftrag des Volkes. Im Jahre 1972 übertrugen die Stimmberechtigten der Stadt Zürich dem Stadtrat und dem Gemeinderat die Aufgabe, Gelder von bis zu 25 Mio. Franken für die Entwicklungshilfe zu sprechen. Unsere Erhöhung auf 3,5 Mio. Franken bedeutet immer noch eine sehr zurückhaltende Umsetzung des Volkswillens. Für die Stadtkasse ist die Erhöhung um 1 Mio. Franken verkraftbar; sie belastet das städtische Budget mit 0,01 % des Gesamtumfangs. Es geht hier um mehr als reine Symbolik. Mit 1 Mio. Franken kann man beispielsweise im Bereich Wasser 16 000 Menschen einen lebenslangen Zugang zu sauberem Trinkwasser gewährleisten.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Es geht hier nicht um Katastrophenhilfe, sondern um Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe. Dambisa Moyo, eine Ökonomin aus Sambia, schrieb ein international prämiertes Buch über Entwicklungshilfe. Dort ist zu lesen, dass in den letzten 50 Jahren im Rahmen der Entwicklungshilfe über eine Billion Dollar an Hilfeleistungen von den reichen Ländern nach Afrika überwiesen worden ist. Entwicklungshilfe habe dazu beigetragen, dass die Armen noch ärmer wurden und sich das Wachstum verlangsamt habe. Entwicklungshilfe war und sei für die meisten Entwicklungsländer auch heute noch ein politisches, ökonomisches und humanitäres Desaster. Betrachten Sie die Entwicklungshilfe einmal von einer anderen Seite: Solange die Länder am Tropf hängen, müssen sie sich nicht anstrengen, sich zu entwickeln. Hier gibt es bessere Optionen. Dambisa Moyo schlägt vor, die Entwicklungshilfe auf Null zu setzen und den Ländern ökonomische Möglichkeiten zu geben. Solche Möglichkeiten bestehen.

Christian Traber (CVP): Es hiess, der Minderheitsantrag 1, der dem Stadtrats-Antrag entspreche, sei zurückgezogen worden. Ich möchte festhalten, dass unsere Fraktion und wohl auch die FDP dem Stadtrats-Antrag folgen würden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder: Diese 100 000 Franken humanitäre Hilfe sollten nicht gekürzt werden. In der Vergangenheit war diese Hilfe immer wieder dringend und sofort notwendig. Ein zweiter Punkt: Wir möchten an den 2,5 Mio. Franken festhalten. Wir prüfen genau, wohin diese Gelder fliessen sollen. Diese Kontrolle kann – unter anderem durch die Zusammenarbeit mit ausgewiesenen Hilfswerken – mit einem verhältnismässig minimalen Aufwand vorgenommen werden. Ich frage mich sehr, ob 3,5 Mio. Franken den Kriterien wirklich entsprechen. Wir helfen wirklich nur denjenigen Projekten, die den Kriterien entsprechen. Wir haben dazu auch einen Vertrag mit dem Volk. Kurz zum Postulat 2011/479: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab, weil das im Postulat Geforderte bereits umgesetzt wird. Das Postulat macht demnach keinen Sinn.

35 / 36

S. 145	20 2000 3670 0099	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Humanitäre Hilfe im Ausland				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
058.	Antrag Stadtrat				100'000	Mehrheit
			100'000	0		Minderheit
						Walter Angst (AL) Referent, Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP)

Begründung: Durch Bund abgedeckt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 25 Stimmen zu.

Antrag 059.

Wortmeldungen siehe Antrag 058.

S. 146	20 2000 3670 0199	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
059.	Antrag Stadtrat				2'500'000	Minderheit 1
				1'000'000	3'500'000	Mehrheit
			2'500'000	0		Minderheit 2
						Enthaltung Ausstand
						Walter Angst (AL) Referent Florian Utz (SP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Rebekka Wyler (SP) Monika Erfigen (SVP) Referentin, Vizepräsident Roger Liebi (SVP) Urs Schmid (FDP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP)

Begründung: Mehrheit: Erhöhung Entwicklungshilfe; SVP: Keine kommunale Aufgabe

Ausstand: Dr. Urs Egger (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit (3'500'000) 73 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

36 / 36

• Antrag 060.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Es geht um die Beteiligung an den Kapitalien der Wohnbaugenossenschaften. Die Minderheit ist der Ansicht, dass hier ein Beitrag der Stadt nicht nötig ist. Die Genossenschaften können sich selbst finanzieren.*

Walter Angst (AL): *Es ist eine Grundlage der Wohnbaupolitik, dass sich die Stadt beteiligt. Eine Kursänderung auf dem Budgetweg ist nicht sinnvoll.*

S. 146	20 2000 525107	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Zentrale Verwaltung Beteiligungen an Kapitalien von Wohnbaugenossenschaften				
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
060.	Antrag Stadtrat			300'000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP), Rebekka Wyler (SP) Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Roger Liebi (SVP), Monika Erfigen (SVP), Urs Schmid (FDP)
		300'000		0	Minderheit	

Begründung: Genossenschaften können und sollen sich selber finanzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 98, Protokoll-Nr. 2094/2011).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat